

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Brüsseler Beschlüsse.

Paris, 14. März. Jules Sauerwein hatte in Brüssel mit einer hervorragenden Persönlichkeit eine Unterredung, in der er nach dem Sinn des Brüsseler Communiqués fragte, das nach der Konferenz veröffentlicht wurde. Sauerwein fragte, warum eine Erklärung über den

### Zweck der neuen Befehung

veröffentlicht wurde, während doch seit Beginn der Befehung deren Zweck in klarer Weise proklamiert worden sei. Es wurde ihm geantwortet: Es mußte, um einer gefährlichen Kampagne von Verleumdungen ein Ende zu machen, daran erinnert werden, daß das Ruhrgebiet und das rechte Rheinufer befreit wurden, um zu Zahlungen zu gelangen. Jede Regelung der Reparationsfrage ist so lange unmöglich, wie nicht ein enges Band zwischen der Ausdehnung der Befehung und der Ausdehnung der Zahlungen hergestellt wird. Deutschland weiß nunmehr, woran es ist und ebenso die reichen Völker, ohne die Zahlungen unmöglich sind.

Sauerwein fragte weiter, was verstehen Sie darunter, daß die Räumung nach Maßgabe der Zahlungen

erfolgen sollen? Soll ein so kleines Gebiet wie das Ruhrgebiet stufenweise geräumt werden? Ihm wurde geantwortet: Zweifellos, man darf nicht den Umfang, sondern muß die Bedeutung des zu räumenden Gebietes betrachten. Eine Stadt von 500 000 Einwohnern ist so viel wert wie eine Provinz. Uebrigens kann eine Milderung gewisser Zwangsmassnahmen dieselbe Wirkung haben wie ein Rückzug der Truppen.

Sauerwein fragte: „Was verstehen Sie unter Reparationsverpflichtungen Deutschlands? Handelt es sich um die Londoner Zahlungsbestimmungen, die 132 Milliarden Goldmark festsetzten?“ Antwort: Es ist klar, daß

### ein neuer Reparationsplan

ausgearbeitet werden muß. Frankreich und Belgien müssen zunächst übereinstimmen und sich sodann mit England und Italien verständigen. Unsere Militärs müssen an einer Regelung teilnehmen, die nur nach einer moralischen Kapitulation Deutschlands zustande kommen kann. Dies müsse durch diskutierbare Vorschläge sich ankündigen. Man arbeitet in Brüssel und Paris. Was uns be-

trifft, so sind wir bereit, aber es wäre ein schwerer Fehler, wenn man die Haltung der Alliierten gegenüber Deutschland vorher bekanntgeben wollte. Man kann nur sagen, daß, wenn man den zerstörten Gebieten die Prioritäten gibt, man eine vernünftige Lösung in Aussicht nehmen könnte.

Sauerwein: „Kann die Ruhr nicht als Garantie der Sicherheit angesehen werden?“ Antwort: „Sicherlich nicht. Unser Zweck ist gestern öffentlich präzisiert worden. Er besteht darin, daß

### die Ruhr ein Druckmittel für Zahlungen

und im Falle eines hartnäckigen Widerstandes ein Zahlungsmittel sein sollte. Die Sicherheit muß gemäß dem Friedensvertrag in der Befehung des linken Rheinufer und der Brückenköpfe gesichert werden. Ich hoffe auch, daß sie eines Tages durch einen formellen Vertrag mit England garantiert wird. Wenn man an diese Garantie nicht glaubt, so muß man Deutschland gestören. Aber dann verzichtet man auf alle Zahlungen und bezeugt dem aktiven Widerstande der ganzen Welt.“

Sauerwein: „Werden Sie bald wieder zusammenkommen können?“ Antwort: „Demnächst in Paris. Der Grundsatz unserer gemeinsamen Politik wurde aufgestellt, nunmehr soll er praktisch verwirklicht werden. In dem allgemeinen Rahmen, der aufgestellt wurde, besteht ein volles Einvernehmen über alle technischen Massnahmen, die die Fortsetzung der eingeleiteten Aktion erfordern.“

### Die neue Pariser Konferenz.

London, 14. März. (G.E.) Aus Brüssel wird der „Daily Mail“ gemeldet: In vierzehn Tagen wird sich der belgische Ministerpräsident Theunis nach Paris begeben, wo eine neue Konferenz stattfinden wird. Auf dieser werden die Ergebnisse der Kohlen- und Koksbeschlagnahme erörtert werden, sowie endgültige Pläne zur Lösung des Reparationsproblems. Belgien wird mehrere Tausend Mann „freiwilliger Arbeiter“ in das Ruhrgebiet senden, um den Franzosen bei der Kohlenverladung Hilfe zu leisten. Bisher wurde eine Entsendung wegen Abwendung neuer belgischer Truppen nicht getroffen. Doch ist die belgische Regierung dazu bereit, falls der General De-goutte es fordern sollte.

## Neue Ruhrdebatte im Unterhaus.

### Geringe Mehrheit für die Regierung.

Das britische Unterhaus hatte gestern die fünfte Ruhrdebatte im jetzigen Tagungsabschnitt. Der Asquith-Liberale Sir John Simon begründete einen Antrag, als Protest gegen die passive Haltung der Regierung in der Ruhrfrage eine Herabsetzung der Haushaltsausgaben für das auswärtige Amt zu fordern. Dieser Antrag wurde mit 249 gegen 201 Stimmen der Arbeiterpartei, der Liberalen und der Nationalen Liberalen abgelehnt. Auf den Oppositionsbänken erdachte der Ruf: „Demission!“ Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Herald“ zufolge ist dies die geringste Mehrheit, die die jetzige Regierung jemals in einer wichtigen Frage erhalten hat. Zahlreiche Konservative hätten sich der Abstimmung enthalten.

Der Antragsteller sagte, die englischen Okkupationstruppen hätten bisher in ihrem Sektor noch Verbindung mit dem unbefetzten Deutschland gehabt, werden aber jetzt durch die französischen und belgischen Truppen isoliert, was schwere Schädigung des englischen Handels im Rheinlande zur Folge habe. Eine noch bedenklichere Tatsache sei, daß die Deutschen nunmehr ihrer Politik des passiven Widerstandes ein Ende machten, wie die neuen Meldungen über die Erschießung französischer Militärs bewiesen. Dieser Vorfall allein müsse für England und die von ihm verfolgte Politik der Zustimmung eine feierliche Warnung sein. Simon erklärte Frankreich des Bruches des Versailler Vertrages schuldig und wünschte die jetzige Haltung der englischen Regierung kennenzulernen. Es sei offenbar, daß Frankreich nicht nur auf Reparationen aussehe, sondern auch auf etwas anderes. Was dieses andere sei, wolle er klar und einmütig von der Regierung erfahren. Er drückte zum Schluß den dringenden Wunsch aus, England möge die ganze Frage trotz des französischen Widerstandes dem Völkerverbund zur Entscheidung vorlegen.

Asquith führte aus, daß die Franzosen Zahlungen und Garantien nur durch Mittel im Rahmen des Vertrages erlöschten könnten.

Mores (Arbeiterpartei) erklärte, die ganze Stärke und der ganze Einfluß der britischen Diplomatie müßten angewandt werden, um ein möglichst enges Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten herzustellen zur Bereinbarung einer Konferenz, auf der die gesamte politische Regelung des Jahres 1919 und die Stärkung des Völkerverbundes beraten werden müßten.

Lord Percy (L.) führte aus, er glaube nicht, daß die kritische Regierung die Unterstützung der Vereinigten Staaten bei einer Intervention erhalten würde. England müsse daher die Führung allein übernehmen und die Angelegenheit in die Hände des Völkerverbundes legen.

Moslen (unabh.) erklärte, jedermann, der die französische Presse sorgfältig lese, die die Ziele und die Politik des Dual Dröjan widerspiegeln, werde zu dem Schluß gelangen, daß die Politik Frankreichs nicht auf Reparationen, sondern auf Annexionen ausgehe. Moslen trat für Intervention durch einen sofortigen Appell an die Völkerverammlung ein sowie für die Mobilisierung der gesamten moralischen Kräfte der Menschheit. Wenn die moralischen Kräfte Englands nicht durchdringen sollten, so habe es noch seine wirtschaftliche und finanzielle Macht in die Waagschale zu werfen. Deshalb solle England nicht allein oder gemeinsam mit Amerika seine großen wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsquellen dazu benutzen, den unruhigeren Elementen in der Welt den erscheinenden Frieden aufzuzwingen?

Robert Gretton (L.) gab der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland in eine Phase eintrete, wo jeder passive Widerstand unmög-

lich sein werde und daß ihm keine andere Alternative bleibe als Unterwerfung. Grey (L.) findet es unverständlich, wie England sich das Recht anmaßen könne, Frankreich seine Haltung vorzuschreiben zu wollen, besonders wenn Frankreich mit Belgien und Italien einig sei. Wenn England an der Ruhr mit Frankreich alliiert wäre, so wäre keine der Schwierigkeiten, vor denen man heute stehe, aufgelaufen.

Asquith unterstrich besonders die Tatsache, daß seit der letzten Ruhrdebatte die Lage eine bedenkliche Aenderung erfahren habe. Das Unterhaus lege sich Rechenschaft darüber ab, daß die Operation an der Ruhr eine ungeheure Ausdehnung erfahren habe. Es sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Franzosen nicht ihren Vorstoß bis München oder sogar bis nach Berlin unternehmen werden. Das Unterhaus hat ein Recht, zu wissen, ob der Standpunkt, den die englische Regierung sich zur Pflicht macht, sich nicht ebenfalls geändert hat. „Ich weiß nicht“, sagte Asquith, „welche Motive die französische Regierung zur Befehung der Ruhr geleitet haben. Frankreich gibt an, daß zwei Ziele es geleitet haben, nämlich die Fragen der Sicherheit und der Reparationen. Ohne Frankreich beizustehen zu wollen, glaube ich aufrichtig, daß der Völkerverbund imstande ist, einen

### Garantievertrag

auszuarbeiten, der allen Alliierten Sicherheit gewährt und somit auch Frankreich die notwendige Sicherheit gibt, auf der es so sehr besteht, um gegen Gefahren geschützt zu sein, die nicht nur in der Einbildung liegen. Wenn ich Franzose wäre, so würde ich diese Gefahr als sehr wirklich ansehen.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Mac Kell, erklärte, die Regierung sowie das Haus seien überzeugt, daß Großbritannien sich in einem

### Freundschaftsverhältnis zu Frankreich

befinde und man wünsche auf den Regierungsbänken, daß es möglich sei, im Interesse sowohl Englands, wie des übrigen Europas, Freund und Verbündeter Frankreichs zu bleiben. Man dürfe nicht vergessen, daß vor zwei Jahren Lloyd George im Unterhaus erklärt habe, wenn Deutschland nicht binnen einer Woche den Forderungen der Alliierten Rechnung trage, werde England sich den Franzosen zum Zweck der Befehung des Ruhrgebietes anschließen. Darum könne man jetzt den Franzosen gegenüber nicht den Ton der Ueberlegenheit anschlagen, wie dies einzelne Redner getan hätten. Es sei nicht wahr, daß die britischen Truppen von allen Seiten eingeschlossen und daß sie ohne Verbindung mit dem unbefetzten Deutschland seien. Zweifellos beständen Schwierigkeiten für den englischen Handel. Von einer Intervention des Völkerverbundes oder einer neuen internationalen Konferenz sei

im Augenblick nichts zu erhoffen.

## Verhaftung Walter Dehmes.

Gegen den Journalisten Walter Dehme ist, wie wir seinerzeit berichteten, ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrat eingeleitet worden. Heute, Mittwoch früh, ist Dehme verhaftet worden und zwar auf Grund der Beschuldigung, Nachrichten an die „New Transmissions Agency“ in Holland geliefert zu haben, also an dasselbe Unternehmen, das im Fehdenbachprozeß eine so große Rolle gespielt hat. Weiter wird Dehme der öffentlichen Bekannmachung militärischer Nachrichten beschuldigt, und zwar der in der „Roten Fahne“ erschienenen Mitteilungen über eine Soldatenmeuterei in Löhren und über Verbindungen zwischen Reichswehr und Geheimbänden.

## Vorzeitiger Lohnabbau.

### Ein Spiel mit dem Feuer.

Genau wie in der ersten Januarhälfte dieses Jahres haben die Unternehmer auch jetzt wieder versucht, alle Lohnforderungen der Arbeitnehmer abzuweisen, die geltenden Löhne zu stabilisieren. Die Lohnverhandlungen werden zunächst möglichst hingehalten, verschleppt und die Arbeitnehmer müssen dann alle Schlichtungsinstanzen durchlaufen und sich schließlich mit geringen Zulagen begnügen. Im Januar wurden außenpolitische, jetzt aber wirtschaftspolitische Gründe vorgeschoben. Man macht heute die Stabilisierung der Mark verantwortlich, während es sich im Grunde damals wie jetzt um dieselbe Sache dreht.

Im Januar glaubte man an einen Erfolg der zum 12. Januar in Paris vorgesehenen Reparationsverhandlungen und damit an eine Besserung und Stabilisierung des Marktes. Die Zentralstelle der Unternehmerverbände hatte schon vor dem die Parole ausgegeben, mit Lohnzulagen für Januar zurückzuhalten. Selbst dann, nachdem diese generelle Anweisung bekannt war, konnte die Arbeitnehmerschaft sich ihren Sinn und Zweck nicht recht erklären und war durch das Verhalten der Unternehmerverschaft direkt verblüfft. Es gewann den Anschein, als hätten die Unternehmerverbände es darauf abgesehen, Arbeitsniederlegungen zu provozieren, die Arbeitnehmerschaft in eine Verzweiflungsstimmung zu drängen, um Vorwände zu Aus-sperungen und Entlassungen zu bekommen.

Wenn es dennoch nicht schon Mitte Januar zu schweren Lohnkämpfen kam, so waren die Unternehmer daran sicherlich unschuldig. Sie hatten ihr Vorgehen damit begründet, daß die Großhandelspreise vom 5. bis zum 15. Dezember 1922 vom 149fachen auf das 1468fache zurückgegangen waren und bis 23. Dezember auf das 1439fache ein Rückgang, der sich jedoch hauptsächlich auf ausländische Waren bezog, während Getreide, Zucker, Fleisch und Fische nach dem 15. Dezember wieder erheblich gestiegen waren. Im Kleinhandel war von einem Preisrückgang so gut wie nichts zu verspüren, im Gegenteil, die Konjunktur vor Weihnachten wurde ausgenutzt. Hinzu kam, daß infolge der Feiertage den Arbeitern erhebliche Lohnausfälle entstanden waren, denen zuvor ein etwas gesteigerter Bedarf vorausgegangen war.

Der Verlauf der Dinge ist bekannt. Die Erwartungen auf Paris schlugen fehl und der Dollar stieg bis auf über 50000 Papiermark, aus Gründen, die mit den Papiermarktlöhnen herzlich wenig zu tun hatten. Das Bestreben der Arbeitnehmerschaft, die Herren nicht zu verlieren, hat sich als richtig erwiesen, das Verhalten der Unternehmerverschaft und ihre Spekulation als falsch. Durch eine Stabilisierung der Löhne suchte man zu einer Stabilisierung der Mark zu kommen. Selbst wenn eine Festigung der Mark nicht eintrat, war dem Unternehmerprofil mit der Lohnstabilisierung auf jeden Fall gedient.

Gegenwärtig können die Unternehmer sich mit ihrem erneuten Versuch einer Lohnstabilisierung auf eine Tatsache stützen, auf das reichlich verspätete Eingreifen der Regierung und der Reichsbank zur Stützung der Mark, das immerhin einen nicht ganz unwesentlichen Erfolg aufzuweisen hat. Es wäre zweifellos ein Glück in unserem bedrängten Wirtschaftsleben, wenn eine weitere dauernde Besserung des Marktes und schließlich seine Stabilisierung herbeigeführt werden könnte. Das Heer der Spekulanten und Schieber sucht freilich noch immer seinen gegenteiligen Standpunkt durchzusetzen, da ihm die Stabilisierung das ganze Geschäft verderben müßte. Wenngleich das Unternehmertum sich zu gewissen Opfern zur Herabsetzung der Großhandelspreise versteht, so kann es doch unmöglich verlangen, daß damit gleichzeitig oder gar schon zuvor auch die Löhne stabilisiert, abgebaut werden sollen. Ein Lohnstillstand und -abbau erscheint erst dann gerechtfertigt und ist dann erst möglich, wenn der Preisrückgang im Großhandel sich auf den Kleinhandel übertragen hat, die Lebensmittelpreise insgesamt derart herabgesetzt sind, daß die Arbeitnehmerschaft ohne weitere Lohnzulagen auskommen kann. Das liegt so klar auf der Hand, daß es auch die Unternehmerverschidzi und die Unternehmer selber nicht übersehen können.

Dieser Einsicht auf jener Seite steht jedoch der Umstand entgegen, daß die Unternehmer einen mehr oder minder großen Teil ihrer bisherigen Gewinne opfern müßten, um bis zur Senkung der Kleinhandelspreise die erforderlichen Löhne weiterzuzahlen. Gegen diese Zumutung sträuben sie sich jedoch mit Händen und Füßen. Und darin liegt denn auch der Schlüssel für ihr damaliges und ihr jetziges Verhalten.

Bereits auf der Tagung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände im Oktober 1921 zu Berlin erklärte Dr. Klönne-Dortmund als Referent, die Auffassung der Arbeitnehmer, daß einem Lohnabbau der Preisabbau vorangehen müsse, sei falsch. Rein, diese Auffassung ist durchaus richtig und logisch; allein sie paßt nun einmal dem Unternehmertum nicht in den Kram. Die Zumutung der Unternehmer, die Löhne zu stabilisieren, abzubauen, bevor noch die Kleinhandelspreise einen merklichen Abbau erkennen lassen, ist für die Arbeitnehmerschaft einfach unerträglich, da es eine weitere Einschränkung ihrer körperlichen und notwendigen Lebenshaltung auf Wochen oder Monate hinaus bedeutet, die ohne schwere gesundheitliche und wirtschaftliche Nachteile nicht durchzuführen ist.

In diesem Interessengegensatz gibt es keinen Ausweg. Die Unternehmer werfen ihre ganze Macht in die Wag-



schafe, um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Dabei haben sie diesmal offenbar einen Teil der Regierung hinter sich, der zwar an der Besserung und Stabilisierung Interesse bekundet, aber sich von den Unternehmern dahin orientieren läßt, ohne vorherigen Lohnabbau sei ein Preisabbau nicht möglich, und der deshalb weniger danach fragt, ob und durch welche Mittel das Unternehmertum selbst sie dabei unterstützt.

Die Arbeitnehmerschaft ist sicherlich mit dem Ziel der Marktstabilisierung einverstanden, doch kann sie nicht damit einverstanden sein, daß alles hauptsächlich auf Kosten ihrer Lebenshaltung geht, daß die ganze Last auf ihre Schultern abgewälzt werden soll. Die Stellung der Gewerkschaften ist unter diesen Umständen äußerst schwierig. Folgt sie den unerbetenen Ratschlägen von links, könnten oder müßten sie sogar alle Verhandlungs- und Vergleichsmöglichkeiten von vornherein verzichten und brauchen nur den Streik zu erklären und die verschiedenen Streiks zu einem Generalstreik zusammenzufassen. Nichts leichter und einfacher als das, wenn man die Verantwortung und Ueberlegung beiseite läßt. Allein die Gewerkschaften sind an die Erfahrungen in ihren Kämpfen gebunden, an ihre erprobte gewerkschaftliche Kampftaktik und müssen sich in jedem Falle ihrer Verantwortung bewußt bleiben. Sie haben bewiesen, daß sie, wenn es sein muß, auch vor einem Streik nicht zurückweichen, doch lassen sie sich den ihnen geeigneten Zeitpunkt weber von dem Unternehmertum, noch von der kommunistischen Partei diktieren.

Wird jedoch der Bogen überspannt, dann kann es sehr wohl dazu kommen, daß alle gewerkschaftlichen Dämme einmal reißen. Daß es dann ohne schwere Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens nicht abgeht, sollte auch der gegenwärtigen Regierung nicht unbekannt sein. Ihren Bemühungen um die Hebung und Festigung des Marktes würde dabei weit mehr geschadet, als ihr das Unternehmertum auf seine Weise dabei nützen kann. Es wäre daher durchaus falsch, wenn die Regierung dem Unternehmertum bei der Lohnstabilisierung nicht nur freie Hand lassen, sondern es dazu gewissermaßen autorisieren wollte, anstatt auf die ihr nahestehenden Unternehmerkreise einzuwirken, einer vornehmlicheren Auffassung der Dinge Raum zu geben. Es ist zweifellos weit leichter, etwas vom Ueberfluß zu opfern, als die Substanz anzugreifen, die in unserem Falle die Arbeitskraft darstellt, die durch Leib und Leben der Arbeitnehmerschaft und ihrer Familien personifiziert wird. Lohnstabilisierung gewiß, doch Lohnabbau erst dann, wenn und insoweit die unerlässlichen Vorbedingungen zweifelsfrei dafür gegeben sind. Anders geht es nicht. Wenigstens nicht auf friedlichem Wege. Wollte man es trotzdem versuchen, so wäre das ein sehr bedenkliches Spiel mit dem Feuer.

## Nitti gegen den Ruhrwahnsinn.

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, der selbst an den Friedensverhandlungen in Versailles teilnahm und seit längerer Zeit in Büchern und Zeitungsartikeln den Wahnsinn der in Kraft befindlichen Friedensverträge bekämpft, wendet sich in seinem neuesten Artikel, der im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht ist, gegen den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet. Nitti erklärt:

„Die Männer, die in Frankreich den unter französischer Ägide entstandenen Vertrag von Versailles vorbereiteten, steckten sich zwei bestimmte Ziele, die aus dem Vertrage selbst nicht hervorgehen, aber aus allen vorbereitenden Akten und aus der ganzen Ausführung. Diese zwei Ziele sind sehr einfach und klar: Lösung des ganzen völlig deutschen linken Rheinufer von Deutschland, um es Frankreich anzugliedern, oder um im Zollverein mit Frankreich und unter politischer französischer Kontrolle den sogenannten autonomen rheinischen Staat zu begründen; sodann das Monopol der gesamten kontinentalen Hüttenindustrie und folglich der militärischen und industriellen Hegemonie mittels Abtrennung der reichsten Kohlenzonen von Deutschland und der Ruhrkontrolle.

## Hätt' ich, hätte ich...

Von Tschatka

Das ist ja eine verfluchte Geschichte mit diesem „hätt' ich“ morgens, mittags und abends, ja noch mitten in der Nacht verfolgt es dich.

Du stehst ganz normal in der Frühe auf, wanderst zum Waschnapf, gleich ertönt es von den Lippen deiner anderen Hälfte: „Hätt' ich nur einen halben Zentner von der Seife gekauft...“

Du kunnst, weil es schon wieder losgeht, sehest dich an den Zehorntisch, um die undefinierbare Brüche zu schlappern, da bringen menschliche Baute hinter einer Unterstufe hervor: „Hätt' ich nur ein paar Pfund von der billigen Kumpelrube im Haus...“

Aber du entriemst mal wieder dem heimtückischen „hätt' ich“ in deinen vier Wänden, um es aus der Tram gleich wieder zu hören. Einer Mäist dir so einen Duft ins Gesicht. Marke Stinto-Rinto von der Insel Beredo. Du wendest dich schaudernd ab und vernimmst zur Strafe: „Hätt' ich nur von der Sorte einige Kisten, damals kosteten sie noch 30 Emmchen, heut zahl' ich 300 Mark und sie stinken.“

Im Bureau die gleiche Geschichte. Der Kassierer schreibt es dir, jammert es, flucht und singt es immerzu: „Hätt' ich nur Papier, Umschläge, Schreibbänder gekauft, ich Kumpelrube, Kumpelrube, Kumpelrube...“

An einem Vormittag kommst du es so fünfundsünzig und mehrmal hören. Du schlüfstest zermürbt in den Stadtwald. Setzest dich auf eine Bank. Da ist es es ganz in deiner Nähe: „Hätt' ich nur damals das Schlafzimmer genommen, dann könnten wir heiraten, aber so...“ Es folgt ein Seufzer, der Rest verweht im Winde. Zwei Sekunden später setzt sich ein alter Herr zu dir. Nachdem er kaum guten Tag gesagt hat, ohne auch nur vom Wetter zu reden, beginnt er gleich, was er für ein Schafskopf gewesen ist, daß er voriges Jahr sein Haus verkauft hat. „Hätt' ich bis jetzt gewartet... o, ich Kamöbessessl...“

Da verstimmt jeder Widerspruch. Mich jammert der Mann, mich jammern sie alle, aber die „hätt' ich“ vergessen, daß dieses Uebel ja sie nicht nur allein trifft. Wären sie damals so schlau gewesen, wären es wohl auch die anderen, entweder die Katastrophe wäre dann überhaupt nicht gekommen, oder der Jumper hätte damals schon 40 000 Mark und die Zigarre 300 gekostet. Dann „hätten sie“ alle Watuta gehamstert, wäre die deutsche Mark schon viel früher Makulatur geworden. Hätten sie alle ihre Schlafzimmer im Herbst bestellt, und so weiter...

Matt und angegriffen komme ich in die Sitzung des Ausschusses. Eine große Finanzdebatte. Gleich drei Redner hintereinander sagen es dem Verantwortlichen, daß er „hätte tun müssen, dies und jenes“.

Und dies ist das Merkwürdige: Von den anderen verlangt man immer, daß er kein „hätt' ich“, sondern ein „hab' ich“ gewesen ist.

In Frankreich leugnet man, daß man die Absicht hatte oder hat, das Rheinland von Deutschland zu trennen. Aber man braucht nicht erst hinter die diplomatischen Kulissen geschaut zu haben, um zu wissen, daß über diesen Punkt der französischen Politik kein Zweifel möglich ist.

Das hier aufgestellte Programm, für das Tardieu und Marshall sich einsetzten, wurde in Versailles nicht verwirklicht. Doch insoweit fortgesetzten Drängens der französischen Schwerindustrie, die nach einem Kohlen- und Eisenmonopol auf dem europäischen Festlande strebt, wird es jetzt, fast vier Jahre nach Versailles, verwirklicht. Nitti befreit, daß die Ruhrbesetzung den Zweck verfolge, Reparationen zu erlangen:

„Die Besetzung der Ruhr bezweckt nicht, Deutschland zu irgendeiner Reparationssumme zu zwingen, sondern bedeutet vielmehr Verzicht auf die Reparationen und Zwang auf die großen Ruhrindustriellen, zu kapitulieren und Frankreichs Kontrolle anzunehmen. Jedwede lange Ruhrbesetzung hat keinen anderen Zweck, als die von der Hüttenindustrie abhängigen deutschen Industrien der einzigen Kontrolle Frankreichs zu unterstellen.“

Gegen diese Kontrolle Frankreichs wendet sich Nitti auch vom Standpunkte Italiens (was vielleicht auch die besondere Schärfe seiner Kritik erklärt):

„Wenn die französische Hüttenindustrie ihr Programm durchsetze und Deutschland sich einer modernen Völkern bisher unbekanntem Sklaverei unterwürfe — welche Lage ergäbe sich daraus? In welche Lage würde ein Eisen- und Kohlenmonopol auf dem Kontinent Italien und die übrigen Kontinentalstaaten, die weder Kohle noch Eisen haben, versetzen? Italien würde unter dieselbe Kontrolle kommen und die militärische Aktion würde logischerweise der industriellen folgen.“

Den Schlußfolgerungen Nittis kann man zustimmen. Ueber Europa scheint ein mörderisches Verhängnis zu schweben; ein Verbrechen an den Völkern folge auf das andere; der Irrtum an der Ruhr sei die entsetzlichste Verirrung, die nur mit dem Ruin Europas endigen könne, falls Frankreich sich nicht beizeiten zurückziehen. Nitti appelliert an die lebendigen Kräfte der französischen Demokratie, er erinnert an die alten, edlen Traditionen Frankreichs, die mit den Programmen der Hüttenindustrie nichts gemein hätten. Doch auch aus seinen Worten klingt jene Resignation, von der angesichts der verzweifeltsten Lage Europas die wenigen einsichtsvollen und weitschauenden politischen Führer erfüllt sind.

## Lloyd George über die Ruhrgefahr.

In seinem gestern in der „D.A.Z.“ veröffentlichten Artikel „Frankreichs Gefahr im Ruhrgebiet“ schildert Lloyd George die Lage im Ruhrgebiet in sehr düsteren Farben. Frankreich sei in eine Sackgasse geraten, aus der die leitenden Männer keinen Ausweg sähen:

Heute ist in Frankreich die Schwierigkeit die, daß jeder für die Regierungsbildung in Betracht kommende Führer das Ruhrunternehmen mißbilligt und von seinem endgültigen Fehlschlag überzeugt ist. Auf der anderen Seite ist kein hervorragender politischer Führer in Frankreich bereit, das Odium des Signals zum Rückzug auf sich zu nehmen. Man würde stets sagen, daß der Erfolg sicher gewesen sei, und daß ohne die Freiheit und Verdienste des neuen Ministers Frankreich aus allen seinen finanziellen Schwierigkeiten triumphierend hervorgegangen wäre. Kein französischer Staatsmann riskiert diese tödliche Beschuldigung. So ist die gegenwärtige französische Regierung an den Sattel ihres Schicksals gebunden und gezwungen, vorwärts zu jagen. — Eine weitere Erklärung für die Schwierigkeit eines Rückzugs liefert die wachsende Wut der ursprünglichen Anführer des überalligen Abenteuerers. Je ergebnisloser das Unternehmen, um so größer die Energie, mit der sie die Regierung in ihre Lohheit weiter hineinreiben.

Sehr scharf wendet sich Lloyd George gegen Poincaré, dem er vorwirft, daß er selber eigentlich nicht wisse, was er von Deutschland wolle:

„Hätten Sie eher Wohnungen gebaut, hätten Sie eher die Finanzen geordnet, hätten Sie...“ Ich könnte stundenlang reden und schreiben.

Sechszig geschunden komme ich wieder heim, setze mich an die Weichstohlschluppe. Schon beim dritten Bissel hör' ich: „Hätt' ich nur mehr von dem Fett gekauft, wie es noch vierhundert Mark das Pfund kostete.“

Da gab ich den Kampf mit den „hätt' ich's“ auf. Aber noch im Schlafzimmer hörte ich es an mein Ohr klingen:

„Hätt' ich nur mehr Bettzeug, lauter Böcher, nicht mehr waschen.“

Weiter weiß ich nichts mehr. Aber ich träumte nichts davon. Ich seh alle diese Kriegsheber und Wucherer, die Schieber und Preisvertreuer, wie sie alle vor diesen Beuten, die sie um die gewöhnlichsten Güter des Lebens betrogen, denen sie oft das Letzte genommen haben, Spieghelruten laufen mußten. Hei, das flucht sie.

Am anderen Morgen hörte ich aber wirklich mal was Vernünftiges:

„Du, heute hab' ich Wäsche.“

Da endlich mal kein „hätt' ich“. Dank für dieses Wort. Der Tag fängt gut an...“

Theater in der Kommandantenstraße: „Im Tal der weißen Dämmer“ von Hermann Klenz. Das Stück des vornehmlich als Kritiker geschätzten Verfassers ist eine Art Regendenspiel, das voll warmen Mitgeföhls und dabei mit einem Einschlag menschentüchtiger Ironie von der Liebe und deren Lorbeilen handelt. „Das Tal der weißen Dämmer“ liegt irgendwo im Märchenlande. Rahab, der erbarungswolle Herr der Erde im indischen Rgveda, befehlt es auf seinen Wandersfahrten und gewährt die Wünsche des alt und grau gewordenen Liebespaars, das einst im Jarn voneinander schied. Tschitraketa, das schöne Mädchen, dessen läche Baunen und Bitterkeiten den heißgeliebten Gatten von ihrer Seite trieb, ist ein sanftmütiges Mütterchen geworden, die, in heimlicher Sehnsucht nach dem Verlorenen sich verzehrt und durch vertoppelte Güte ihre Fehler abzubüßen sucht. Selbst kinderlos, wurde sie sorgende Hüterin aller Nachbarskinder. Und auch der Mann hat sie nicht vergessen können. Ihr Bild hat sich in seinen Geist verklärt. Irrend das Land durchstreifend, kommt er gedrohen ins Helmatdorf, das sein trübes Auge nicht mehr erkennt. Nicht nach dem Tode verlangt er — seine Gedanken kreifen einzig um den Traum, daß er in frischer Jugend mit der Geliebten noch einmal leben dürfe. Und der mittelbige Gott, über solche Selbsttäuschung erstaunt, läßt dieses Trugbild des verschwendeten Glückes in Erfüllung gehen. Der Greis wird Jüngling, die „alte Rahme“ zur jugendlichen Mädchenblüte. Sie schauen sich in leuchtiger Verzücktheit an, sie basken sich im Liebespiel. Doch diese Jugend ist zugleich Verzicht auf die Läuterung, die sie im späteren Leben fanden. Sie quält ihn wieder mit ihrem springenden Eigenfinn, entfacht mit ihren Kofettieren in ihm wieder bohrende Eifersucht. Gott Rahab will Frieden stiften. Doch der Erfolg ist nur, daß beide in ihrer Leidenschaft über den Fremden herfallen und ihn mit ein paar ordentlichen Beulen abziehen lassen. Ganz wie das erstemal nimmt das Judd ein Ende mit der Flucht des

Ich habe das Blaubuch sorgfältig studiert. Ich bemühte mich, zu erbeden, was Herr Poincaré eigentlich von Deutschland als Bedingung seiner Unterwerfung unter den Willen Frankreichs zu fordern gedachte. Was sollte Deutschland tun, um den tödlichen Schlag zu vermeiden? Ich habe seine Reden und Darlegungen vergeblich nach einer Auseinandersetzung über diese Bedingungen durchforscht. Gewiß, man hätte niemals danach gefragt. Das klingt unglaublich. Aber jeder Teilnehmer war so eifrig dabei, die Konferenz abzubrechen, um unangenehmen Gegenfragen ein Ende zu machen, daß es offenbar niemand in den Sinn kam, diese wichtige Frage zu stellen. Die am meisten interessierte Partei war nicht vertreten. Das Ergebnis ist, daß niemand die Bedingungen kennt, unter denen die französische Armee das Ruhrgebiet räumen will. Herr Bonar Law wußte nichts zu erwidern, als man ihn im Anrichus danach fragte. Dies wunderte mich nicht, denn niemand hat es ihm gesagt und er hat niemals danach gefragt. Ich bin sicher, daß Herr Poincaré jetzt gar nicht mehr weiß, weshalb er ins Ruhrgebiet einbrach. Aus diesem und aus anderen Gründen wird er dort bleiben, bis irgend etwas geschieht, das eine Lösung bietet.

Neben der Schärfe, mit der Lloyd George gegen Poincaré vorgeht, ist die tödliche Ironie auffällig, mit der er sich über Bonar Law äußert. Das Bild, das sich aus der Darstellung des bisherigen englischen Premierministers über den Charakter der derzeitigen politischen Leiter Europas ergibt, ist recht erbaulich: der eine — ein mild gewordener Stier, der tobstüchtig um sich schlägt; der andere — ein etwas schwerfälliger Herr, der das Wichtigste nicht weiß, weil man es ihm nicht gesagt hat.

## Die Hintermänner.

München, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Ein Major a. D. R. Magr, dem die Ausdeckung der Verschönerung der Fuchs, Berger usw. zu danken ist, stellt in einer aufsehenerregenden Zeitschrift an den „Bayerischen Kurier“ fest, daß der bayerische Minister des Innern und der Münchener Polizeipräsident drei Stunden vor Beginn der vom dem französischen Generalstabsoffizier Richert abgehaltenen Besprechung am 20. Februar über die Schläge eingehend orientiert waren. Es sei das bestimmte Urteil festzuhalten, daß der Polizeipräsident North den Richert unbedingt hätte in polizeiliche Gewalt bekommen können, wenn er am 20. Februar abends richtig disponiert hätte. Die Bezeichnung des Richert als „Agent“ ist durchaus irreführend. Richert hatte hochpolitischen Charakter; er war seit längerer Zeit in Bayern politisch tätig und ist u. a. im Auftrage des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht am 6. Dezember 1921 von Freiherrn v. Cramer-Klett zu einer längeren politischen Aussprache in dessen Münchener Wohnung empfangen worden. Zeugen hierfür könnten namhaft gemacht werden.

Ludendorff und die Nationalsozialisten. München, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Unser Parteiorgan, die „Münchener Post“, die offenbar über vorzügliche Nachrichtenquellen verfügt, veröffentlicht heute einen Parolezettel der nationalsozialistischen Felddienstführung am 4. März im Original, der folgenden Wortlaut hat: „Der Parole Schelker — Mistfink Lösung Cuno besonders stramme Haltung und Stellung Hauptmann Öbring gegenüber. Neubauer, Schwarzkopf usw.“

Dieser sehr bemerkenswerte Parolezettel ist an erster Stelle von Neubauer unterzeichnet. Dieser Neubauer ist der Diener Ludendorffs, den die Hochbahn-Beute in freundschaftlicher Vertraulichkeit „die kleine Eggelienz“ nennen.

Die „Münchener Post“ knüpft an diese Veröffentlichung die Frage, ob man im Ernst annehmen dürfe, daß Ludendorff von der engen persönlichen Verbindung seines Dieners mit den Nationalsozialisten nicht die geringste Ahnung hat.

Ludendorff wird von dieser Veröffentlichung unseres Parteiorgans um so peinlicher betroffen sein, als gestern auch der Wg. Feld, der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei, in dem „Regensburger Anzeiger“ Ludendorff einen Mann nennt, der seine Aufgabe darin sieht, die ihm gemäße Gastfreundschaft in Bayern zu mißbrauchen und, wo es nur geht, gegen die bodenständigen Bewegungen im Land Bayern zu kämpfen und zu intrigieren.

Mannes und der vergewaltigten Frau. Ein Märchen, das, so und so es mit den Wirklichkeiten umspringt, doch voller innerer Lebenswahrheiten steht. Aber statt daß der Ausgang auf diese tragikomischen Fronten einen Schlusstrumpf legt, nimmt der Verfasser unerwartet da eine Wendung ins Hummische vor. Statt gelinden Spottes ergreift sich der Gott in einem überschwänglich hohen Preislied auf die Wunderkraft der Liebe. Schade um den Bruch in dem, sonst geschlossenen Plan der Dichtung.

In der Aufführung, die stellenweise an Deutlichkeit der Sprache zu wünschen übrig ließ, waren die Rollen des Rahab durch Erich Waldemar und die der wieder jung gewordenen Tschitraketa durch Sonja Bogs sehr eindrucksvoll vertreten. Starker Applaus rief Schauspieler und Verfasser oftmals vor den Vorhang.

Die neue Leitung des Deutschen Opernhauses. Im Charlottenburger Deutschen Opernhauses kreist es schon lange. Die geschäftlichen Ergebnisse sind bei dem teuren Betrieb, den eine große Oper heute mit sich führt, schon lange nicht mehr befriedigend. Die Unzufriedenheit des Personals hat sich wiederholt in Streikdrohungen geäußert. Schließlich ist der bisherige Direktor Georg Hartmann mit einer eigens zusammengestellten Operntuppe nach Amerika gereist, um Dollarsorgen einzubringen. Über auch dieser Versuch der Flucht in den Dollar scheint nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt zu haben.

Eine Aufsichtsratsitzung des Opernhauses, die gestern tagte, hat daraufhin keine Bahn zu schaffen versucht. Direktor Hartmann ist seines Postens enthoben worden, und an seine Stelle ist vorläufig der frühere Intendant der Koburg-Gothaer Hoftheater, Herr von Holtzoff, mit der künstlerischen Leitung der Bühne betraut worden, wobei ihm die Kapellmeister Waghalter und Krafft an die Hand gehen sollen. Man will inzwischen einen neuen Generalmusikdirektor suchen. Die geschäftliche Leitung ist dem Baurat Ahrens übertragen worden. Auch sollen Unterhandlungen mit Dr. Voull, der eben erst nach Wiesbaden berufen wurde, angeknüpft werden, um ihn als Oberregisseur zu gewinnen.

Ob durch diese Reuebesetzungen das Schicksal des Opernhauses, das künstlerisch und finanziell seit langem auf dem Abstieg begriffen war, geändert werden kann, wird die Zukunft lehren. Ob insbesondere die Bestellung eines früheren Hoftheaterintendanten für die ganz anders gearteten Berliner Theaterverhältnisse fruchtbringend sein wird, ist fraglich. Wir werden auf das Problem des Charlottenburger Opernhauses, an dessen Wohlergehen schließlich auch die Stadt Charlottenburg und die Kunstinteressen Groß-Berlins erheblich beteiligt sind, noch zurückkommen.

Die Poden in Deutschland. Im Jahre 1922 hatten wir in Deutschland im ganzen 215 Podenfälle. Das bedeutet eine Besserung gegen die Vorjahre; das Jahr 1921 zählte 688, das Jahr 1920 hatte 2042 und das Jahr 1919 sogar 2305 Fälle. Fast alle betrafen das oberösterreichische Industriegebiet. Im vorigen Jahre waren unter den 215 Fällen allein 135 im Kreise Leoben-Weiz zu verzeichnen. Soldaten, Rückwanderer und polnische Arbeiter aus Polen und Galizien brachten die Krankheit mit, und durch lokale Umstände kamen dann weitere Fälle hinzu. Der Impfschutz war ausschlaggebend für die Verbreitung. Es zeigte sich, daß mehr Frauen als Männer angesteckt wurden.







# Gewerkschaftsbewegung

## Eine Spaltung gefährlich!

Das politische Sekretariat der Kommunistischen Partei für Berlin und Brandenburg, unterzeichnet Kurt Fischer, verweist an die kommunistischen Fraktionsleiter der Gewerkschaften und an die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaftsverbände unter dem 7. März ein längeres Rundschreiben. In diesem Schreiben wird auf eine „internationale Konferenz“ verwiesen, die einer der vielen Ausschüsse, hinter denen sich die KPD verbirgt, einberuft. In diesem Rundschreiben heißt es:

Es ist jetzt eure Aufgabe, in euren Verbänden die Frage der internationalen Konferenz aufzurollen und gegen die Amsterdamer Politik eine Entschiedenheit für die Beteiligung an der internationalen Konferenz zur Annahme zu bringen. Die Frage der internationalen Konferenz muß selbstverständlich in Verbindung gebracht werden mit der Aufruf der Amsterdamer, der wachsenden Gefahr des Faschismus und der Bewegung für den proletarischen Selbstschutz.

Zu dieser internationalen Konferenz können und sollen auch einzelne Verbände und Betriebe Delegierte entsenden. Wir überlassen es eurer Entscheidung, ob ihr Euch in euren Verbänden kräftig genug fühlt, eine derartige Delegation durchzuführen zu können. Sollte ihr allein nicht stark genug dazu sein, so ließe sich wahrscheinlich eine Delegation durch das Zusammengehen einzelner Verbände ermöglichen.

Eine Woche nach der internationalen Konferenz, am 25. d. M., wird die Berliner Organisation der KPD in Verbindung mit dem 1. Kreis eine große internationale Kundgebung, voraussichtlich im Sportpalast, veranstalten. Auf dieser Kundgebung werden ausländische Referenzen, vor allem französische Genossen, sprechen. Wir wollen bei dieser Kundgebung zum erstenmal den Einfluß des roten Kartells ausüben, nach dem die Verbände in Berlin, die sich in den Händen der Kommunisten befinden, den Aufruf für diese Kundgebung mitunterzeichnen sollen. Wir bitten um umgehende Stellungnahme zu diesem Vorschlag und um Verantwortung der Frage, ob ihr in der Lage seid, einen derartigen Aufruf zu unterzeichnen.

Daraus geht mit aller wünschenswerten Klarheit hervor, wozu die Kommunisten streben: die Bildung kommunistischer Gewerkschaften und besondere Aktionen dieser Gewerkschaften. Das „rote Kartell“ hat also beschlossen. Das bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger als die Spaltung der Gewerkschaften.

Wir wissen nicht, ob es kommunistische Überwältigungen und Brandstiftungen gibt, die diesen letzten Schritt zu machen entschlossen sind und das in einer Zeit, wo die Arbeiterklasse in einem schweren Kampfe steht. Wir machen aber die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsmitglieder auf den verbrecherischen Plan ausdrücklich aufmerksam. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um alle, denen es ernst ist um den geschlossenen Kampf der Gewerkschaften, zu entschiedener Abwehr dieses Attentats zu veranlassen.

## Die Urabstimmung der Metallarbeiter.

### Annahme des Schiedspruchs.

Die Urabstimmung unter den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes in allen dem Verbande Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben am Montag und Dienstag hat eine Mehrheit für die Annahme des — inzwischen von den Unternehmern abgelehnten — Schiedspruchs ergeben, der eine Lohnzulage von 15 Proz. vorsieht.

Noch haben die Unternehmer Zeit, sich auf Grund dieser Entscheidung der Metallarbeiter eines Besseren zu besinnen und den infolge ihres Verhaltens drohenden Kampf zu vermeiden.

Der Metallarbeiterverband hat beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt. Entgegenstehende Reibungen sind fallig.

## „Praktische Arbeit“ der KPD.

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben: „In Nr. 31 der „Roten Fahne“ steht auf der dritten Seite eine gesperrt gedruckte Notiz unter der Überschrift: „Die Betriebsräte der Berliner Eisenbahn gegen die Faschisten“. Darin steht, daß die Annahme der betreffenden Resolution nach Begründung durch den Kollegen Bannasch, einem neuen Stern, einstimmig angenommen worden sei. Das stimmt! Aber um das Bild zu beleuchten, sei bemerkt, daß von den über 1300 Betriebsratsmitgliedern nur noch etwa 120 Personen anwesend waren. Es ist ohne weiteres klar, daß unsere Genossen mindestens ebenso große Gegner der Faschisten sind wie die unfehlbaren Jünger Rostows; nur kann man über die Zweckmäßigkeit der Abwendung einer Delegation an die italienische Botschaft geteilter Meinung sein. Es hat doch den Anschein, als ob mit der Abwendung derselben ein Krach in Szene gesetzt werden soll, um wieder etwas Agitationsmaterial für die „rote Fahne“ zu haben. Weil die bloße Annahme der Resolution oder nicht den gewünschten Zweck hat und zu befürchten war, daß bei vollem Besetzung der Delegation abgelehnt werden könnte, brachte man diese „Dringlichkeitsresolution“ zum letzten Punkt der Tagesordnung ein, wo sich die Unentwegten ihrer Mehrheit sicher waren. Der Zweck heißt das Mittel. Die Jesuiten haben in den Moskauerjüngern würdige Schüler gefunden.“

Vorher wurde über die Genossenschaft für Kohlen und Kartoffelversorgung innerhalb der Reichsbahndirektion beraten. Diese soll nach dem Bericht eines Hauptbetriebsratsmitgliedes zu einer Wohlfahrtseinrichtung für Beamte und Bedienstete ausgestaltet werden. In einer früheren Betriebsratsversammlung wurde die Beteiligung an der Genossenschaft durch die Betriebsräte abgelehnt infolge Nachwirkungen der KPD. In einer vorhergehenden Versammlung zugunsten des sog. 1. Kreis Ausschusses. Trotzdem lehr-

ten sich die Eisenbahner zum größten Teil nicht an diesen Beschluß, weil sie es nicht verstehen konnten, daß die Betriebsräte gegen eine Genossenschaft sind, welche den Kollegen bis heute Tausende von Mark Ersparnis gebracht hat. Es ist festgestellt, daß auch Kommunisten in großer Zahl von dieser Genossenschaft Waren beziehen und es mit der Befolgung der KPD-Verfügungen nicht genau nehmen. In der Vollversammlung am 1. März wurde wieder dazu Stellung genommen. Kommunistische Paraderhetorik wie letzten Montag, während einsichtige Kollegen dafür sprachen. In wiederholter Abstimmung wurde der Antrag der ersten Vollversammlung auf Nichtbeteiligung an der Genossenschaft bei schwacher Befolgung des Saales mit 100 gegen 98 Stimmen angenommen. 198 Betriebsratsmitglieder von über 1300 anwesend, davon halb zu halt in der Abstimmung beschließen über solche wichtige Fragen. Die Belegschaften werden daran endlich die praktische Arbeit der KPD erkennen, die nicht Vorteil, sondern Schaden für die Kollegen bringt.

Es ist endlich an der Zeit, daß die einsichtigen Kollegen sich aktiver als bisher an solchen Versammlungen beteiligen, um vorläufige Beschlüsse herbeizuführen. Das einzig Nützliche in dieser Versammlung war der Antrag des Betriebsratsmitgliedes Genossen Förster über das Pensionistenwesen. Die Betriebsräte beschließen, den Vortrag als Broschüre drucken zu lassen und den Betriebsratsvorsitzenden als Ratsschloß und Lehrbuch zu übermitteln. Praktische Arbeit von Amsterdamer einerseits, Broschen von Moskau andererseits waren das Ergebnis der Versammlung.

## Profitsche Parole.

### Die Blumen- und Federnfabrikanen folgen ihr.

Der Schlichtungsausschuß hat am 12. März einstimmig einen Spruch gefällt, der eine Erhöhung der Februarlöhne um 50 Proz. für Monat März vorsieht. Die Arbeitgeber erklärten nach einer Beratung von einer Minute, daß sie den Spruch ablehnen. Nach diesem Spruch hätte die 21jährige Facharbeiterin einen Wochenlohn von 32 625 M. und die gleichzeitige Hilfsarbeiterin einen solchen von 24 225 M. Wie es diesen Arbeiterinnen mit diesem Verdienst möglich sein soll auszukommen, bleibt ein Geheimnis. Die Herren Arbeitgeber machen sich die Sache sehr bequem. Sie stehen durch ihren Syndikus Dr. Birnbaum erklären, daß sie lediglich der Parole der Regierung folgten, die dahin geht, in der jetzigen Zeit keine Lohn erhöhungen zu gewähren.

Ob der Demotilmachungskommissar, welcher vom Verband der Fabrikarbeiter angerufen ist, auch diesmal wieder mit Rücksicht auf die so leidenden Blumen- und Federnfabriken die Verbindlichkeitsklärung ablehnen wird?

## Lehrlingsentschädigung im Handwerk.

Wie uns aus Potsdam mitgeteilt wird, hat die Tischler-Zwangsinnung für Potsdam und Umgegend sich in ihrer letzten Innungsverammlung zu einem bedeutsamen Entschlusse ausgesprochen. Sie hat nämlich beschlossen, mit Rücksicht auf die immer höher steigenden Preise für Lebensmittel, Kleidungsstücke und alle sonstigen Dinge den Lehrlingen im 1. Lehrjahr 30 und im 2. Lehrjahr vierhundert Mark, im 3. Lehrjahr sechshundert Mark und im 4. Lehrjahre achthundert Mark Entschädigung pro Woche zu zahlen. In dem Bericht ist leider nicht angegeben, wie hoch bisher diese Entschädigung war.)

Ein Vergleich mit dem Gesellenlohn ergibt folgendes Bild: Im Jahre 1914 betrug der tarifliche Stundenlohn der Gesellen für Durchschnittsarbeiter 61 Pfennig, was bei 52 Stunden wöchentlich Arbeitzeit einen Wochenlohn von 31,72 M. ergab. Der Lehrling im 4. Lehrjahre bekam eine wöchentliche Entschädigung von 10 Mark. Dafür konnte er sich schon ein paar Stiefel kaufen. Jetzt beträgt der Stundenlohn eines Tischlergesellen 978 M., was bei 46 Stunden Arbeitzeit einen Wochenlohn von 44 988 M. ergibt. Dementsprechend müßte die Entschädigung des im 4. Lehrjahre stehenden jungen Mannes 14. bis 15 000 Mark wöchentlich betragen — anstatt 800 M. Entschädigung“ muß der Lehrling ein volles Jahr arbeiten, um 40 000 M., den Preis für ein Paar Stiefel, zu verdienen.

Der Potsdamer Innung gehtr vieler Meister als Mitglied an, der früher im Holzarbeiterverband organisiert war und für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintrat. Anstatt sich gegen eine derart spottische Festlegung der Entschädigung zu wenden, scheinen sie sich alle den Profit gefallen zu lassen, den diese schamlose Lehrlingsausbeutung für die Lehrmeister bedeutet. Sie geht auf Kosten der Eltern der Lehrlinge. Die ehrlichen Handwerksmeister aber spielen obendrein noch die stützlichen Entschädigungsbekämpfer, daß die Eltern ihre schuldenlosen Kinder lieber einer Erwerbstätigkeit zuführen, als sie unter solchen Umständen in ein Behrverhältnis zu geben und sich abzupflegen, die ganze Familie darben zu lassen, nur damit die Handwerksmeister billige Arbeitskräfte haben.

Das hier Besagte gilt natürlich nicht etwa nur für Potsdam-Romans, sondern für die sogenannte Entschädigung der Handwerkslehrlinge überhaupt. Die Eltern müssen direkt gewarnt werden, bevor, auf Jahre hinaus Verpflichtungen einzugehen, die sie nicht halten können. Sie müssen darauf bestehen, daß die Entschädigung tariflich geregelt wird, und zwar in einem bestimmten Verhältnis zum Gesellenlohn. Es liegt auch im öffentlichen Interesse, daß derartige Mißstände beseitigt, den Lehrlingen eine den Kosten des Lebensunterhalts angemessene Entschädigung gezahlt wird.

Das Achtstundentagegehalt in Italien ist — mit einigen Einschränkungen — im Sinne einer freien Landbauern zum Schutze der nationalen Industrie — vom Ministerrat genehmigt. In dem betreffenden Regierungserlaß heißt es, der Achtstundentag wäre nicht gerechtfertigt, wenn er als Strafmaßnahme gedankt würde, daß die Produktion und die Arbeiter selbst wirtschaftlich gefährdet würden. Die Regierung wolle die Volkswirtschaft des Landes nicht schädigen, damit alle Arbeiter ihrer Vorteile später nicht wieder verlustig gehen. Für das Schiffspersonal finde der Achtstundentag seine Anwendung, um die italienischen Schiffsgesellschaften gegenüber den ausländischen nicht zu benachteiligen.

Nach alledem bleibt abzuwarten, was in dem Gele vom Achtstundentag übrig geblieben ist und wie weit es der Prolog gestattet, mit dem Rest aufzuräumen.

Der Bergarbeiterstreik in Mähle-Ostau trifft insbesondere die Bergwerke selbst sehr fühlbar, da die gesamten Aechten-vorräte im Revier nur noch zwei Tage reichen. Die Konferenz des Zentralstreikausschusses beschloß, am Freitag mit einem schärferen Vorgehen einzulehen und die Zahl der auf den Gruben Beschäftigten noch mehr einzuschränken, falls bis Donnerstag mittag keine befriedigende Antwort auf die gestellten Vorschläge eintrifft.

Die Vereinigten Bergarbeiterverbände billigen in einer Erklärung des Vorgehen der Bergarbeiter im Odrau-Revier und erklären sich mit ihnen im jetzigen Kampfe solidarisch. Ueber das weitere Vorgehen in den übrigen Revieren wird die Reichskonferenz der Vertreter der koalitierten Verbände, die zu Sonnabend nach Prag einberufen ist, entscheiden.

# Wirtschaft

## Arbeiter als Förderer der Betriebswirtschaft.

In Amerika gibt es Firmen, in denen die Mitarbeit der Arbeiter an der Verbesserung des Produktionsorganes seit mehr als zwanzig Jahren gepflegt worden ist. Viele dieser Firmen unterhalten ein eigenes „Vorschlagsbureau“ für Verbesserungsvorschläge, die aus den Reihen der Arbeiter kommen. Wenn man die Inhaber solcher Firmen fragt, ob die Unterhaltung eines solchen Bureaus mit einem Stob von Beamten nicht ein Luxus sei, so erhält man immer wieder die typische Antwort: „Das macht sich bezahlt!“ So hören wir (Heft 9 der Zeitschrift „Maschinenbau“: „Verbesserungsvorschläge der Arbeiter von Dipl.-Ing. v. Kadeki), daß im Jahre 1921 in einem Wert 80 000 Vorschläge von Arbeitern eingereicht wurden, von denen 30 600 angenommen wurden. Ein großer Teil dieser Vorschläge bezieht sich auf die Verbesserung des Herstellungsprozesses, ein anderer Teil auf die Verbesserung der Apparatur und des Zusammenarbeitens der Arbeiterkräfte.

Das Vorschlagsverfahren ist in den größeren Betrieben so organisiert, daß in jeder Werkstätte besondere Briefkästen und Vorschlagsformulare bereitgestellt werden, auf denen die Arbeiter die Vorschläge schriftlich einreichen. Die Briefkästen werden täglich geleert. Das Vorschlagsbureau registriert die Eingänge und leitet sie zur Begutachtung an den Betriebsleiter weiter. Erteilt die Anzeigung den Vorschlag, dann geht sie an einen Ausschuß, in dem oft auch die Arbeiter Sitz und Stimme haben. Annahme oder Ablehnung der Vorschläge wird den Antragstellern schriftlich und im Falle der Ablehnung mit einer näheren Begründung zugestellt. Für die Vorschläge werden Belohnungen ausgesetzt, entweder in Geld oder in der Form ehrenvoller Erwähnung, aber auch in der Form des Aufstiegs in eine höhere Stellung. Die gewöhnlichen Vorschlagsziele sind: Verbesserung des Herstellungsverfahrens, der Maschinen und Apparate, Vergrößerung der Erzeugung und Leistungsfähigkeit, harmonische Zusammenarbeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Ersparnisse jeder Art an Zeit, Anstrengung, Stoff und Kraft, Unfallvermeidung und Erhöhung der Sicherheit.

Die „Soziale Bauwirtschaft“, der wir diese Mitteilungen entnehmen, empfiehlt den Grundgedanken dieses Vorschlagsverfahrens unter Vermeidung seines kapitalistischen Einschlags zur Betätigung innerhalb der Bauhütten. Jeder Verbesserungsvorschlag, der in unseren Bauhütten gemacht wird, kommt der Gesamtheit der Mitarbeiter zugute. Die Mitarbeiter unserer Bauhütten sollten mit kritischen Augen den Produktionsvorgang in den Bauhütten betrachten und ihre Verbesserungsvorschläge dem Betriebsvorstand unterbreiten, der dann seinerseits wieder in mindestens vierjährlicher abwechselnder Betriebsversammlungen vor der Gesamtheit der Belegschaft des Betriebes über die gemacht und angenommenen Vorschläge Bericht zu erstatten hätte.“

Das gleiche gilt auch für andere gemeinnützliche Betriebe und — mit gewissen Beschränkungen — selbst für kapitalistische Betriebe. Wo die Arbeiterklasse es durch eigene Anstrengungen ermöglichen kann, daß mit gleichem Aufwand von Arbeitszeit, Anstrengung, Material und Strom eine erhöhte Produktion erreicht wird, verteidigt sie am besten den Achtstundentag. Im demokratisch geleiteten Betrieb, der allein für solche tätige Mitwirkung der Arbeiterklasse in Frage kommt, bleibt den Betriebsräten die Aufgabe, einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Entlassungen entgegenzuwirken, die hier und da mit der Einführung erzieherischer Arbeitsmethoden verbunden sein könnten.

Betriebsschließungen in Rußland. Die Katschewski-Metallwerke des südrussischen kaukasischen Sankt Petersburg (Dugojak) werden wegen Unrentabilität geschlossen. Von den 2000 Arbeitern der Werke sollen 1000 auf den Kohlengruben des Sankt Petersburg beschäftigt, der Rest entlassen werden. Die Leitung des Sankt Petersburg ist infolge von Abschlepparbeiten zu einer Einschränkung der Produktion genötigt und hat 2000 Arbeiter entlassen. Das Finanzministerium hat einen besonderen Ausgabenetat des Obersten Volkswirtschaftsrates für das laufende Budgetjahr in Höhe von 59 8 Millionen Rubel auf 1923 besetzt, um die stillgelegten Betriebe im Zustande einer gewissen Betriebsbereitschaft zu erhalten (zu konservieren). 21,5 Millionen Rubel entfallen auf die Metallindustrie mit 70 Betrieben. Insgesamt sollen etwa 1700 kleine Truists und zentralen Wirtschaftsorganen unterstellte Betriebe aus Staatsmitteln „konserviert“ werden, für welche einige Aussicht auf Wiedereröffnung in absehbarer Zeit besteht. Auf den zu konservierenden Betrieben sollen etwa 8000 Arbeiter und Techniker bleiben. Die übrigen stillgelegten Betriebe sollen, soweit sie nicht gänzlich aufgelöst oder verpachtet werden, von den lokalen Volkswirtschaftsräten überwacht werden. Ein Teil der betroffenen Betriebe gehört der Heeresbedarfindustrie an.

Die Verstaatlichung der amerikanischen Fleischkonservenindustrie ist jetzt zustande gekommen. Die beiden größten amerikanischen Fleischkonservenfabriken von Armour und Morris haben sich mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar zu einem Trust zusammengeschlossen. Dieser Trust würde demnach das Gesamtmonopol der Fleischkonservenherstellung besitzen. Man befürchtet infolgedessen in Amerika, daß die Preise für den Verkauf steigen und die Einkaufspreise für Vieh sinken werden.

Verantwortlich für den Inhalt: Verleger: Kurt Fischer, Berlin; für Anzeigen: H. Glaser, Berlin. Verlag: Verlagsgesellschaft u. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Eiser u. Co., Berlin. Einband: H.

**Handelstammer zu Berlin**  
Kaufmännische Schulen.  
Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf in Handelsbüchern mit geschlossenen Lehrgängen in Jahres-, 1½- und 2-Jahres-Kursen sowie in einzelnen kaufmännischen Fächern.  
Auskunft und Prospekt:  
Berlin C. 2, Burgstr. 25, II

**Sonderangebot!**  
Die bei mir bis zum 11. März gekauften  
**Hosen Strickjaeken**  
Strandhöschen, Strickkleider, Jumper, Sportjaeken usw.  
reserviere ich Ihnen bei Anzahlung der Hälfte des Originalpreises  
bis Ostern!  
Nur beste Qualitätsware / Billigste Preise  
Bruno Richter,  
Kopenhagener Str. 67.

**Gold, Silber, Platin-Bruch Zahngebisse**  
kaufen zu unüberbietbaren Preisen... da Selbstverwertung  
I. Skaltitzer Str. 31  
II. Kaiser-Allee 210  
Eing. Prenzlauer Str.

**Wohnungstausch**  
In u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im  
**Groß-Berliner Wohnungsanzeiger**  
als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen  
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht  
Verband mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der  
**Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe**  
Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben.  
Verlag und Hauptanzel enannahme:  
Zeitungszentrale (ZZ) Aktiengesellschaft  
Jerusalener Str. 56 - Fernsprecher: DÖNH 118 10-17

Wo laß ich meinen Anzug machen?  
Wie garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?  
**Max Motel, Schneidermstr.**  
Neufuß, Ringbahnstr. 83, Tel. 909.  
Näherung für höchste Staatsbedürfnisse  
Biele Anfertigungen u. Entwürfe

**Zinn**  
Gold-, Silber-, Platin-  
**Quecksilber**  
Biel, Kupfer, Platin  
usw.  
kauft u. Untergewichte  
Schwarze, Lange Str. 35  
am Schützenhof  
**Weißkeller**

**Leihhaus Humboldt**  
Riesen-Auswahl in Herren-Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Gummimäntel  
Keine Lombardware! Enorm billig!  
Gerichtstr. 23, nicht am Nettelbeckplatz.

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch Zahngebisse**  
zahl unüberbiete Preise  
**R. Felsko,**  
67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

**86 Gartenstr. 86**  
**Zahngebisse**  
Gold, Silber-Bruch, Platin  
kauft zu höchstem Tageskurs  
**Paul Schneider, Juwelier**  
**86 Gartenstr. 86**  
Der w. beste Weg zu mir lohnt sich!